
Dokumentation

Der Prozeß der gewerkschaftlichen Einheit*



Konrad Carl,
Bundesvorsitzender der
IG Bau-Steine-Erden, beim
2 Außerordentlichen

Gewerkschaftstag der IG BSE am
12 Oktober 1990 in Frankfurt/IN

Es ist eine [] Ironie, daß der FDGB nach 1949 schnell in die Rolle einer Staatsgewerkschaft hineinwuchs und sich nur noch als Transmissionsriemen der SED verstand. Wie wenig das mit der Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu tun hat, offenbart das Engagement des FDGB zur Erhöhung der Arbeitsnormen. Die Proteste und Streiks am 17 Juni 1953, an denen vor allem unsere Berliner Bauarbeiter maßgeblich beteiligt waren, diskreditieren den FDGB endgültig. Er hat zwar Mitglieder gewonnen, aber nie ihr Vertrauen.

So ist es heute nur konsequent und zur Interessenssicherung der Arbeitnehmer unabdingbar, daß sich die alte IG Bau Holz am 22 September aufgelöst hat, und wir unseren Geltungsbereich auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausweiten. Stationen dieses Prozesses waren.

Am 16. Dezember 1989 beschlossen der Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden und der Zentralvorstand der IG Bau Holz, auf den Gebieten der Tarifpolitik, Betriebsratearbeit und illegale Leiharbeit zusammenzuarbeiten. Am 12. und 13. Februar 1990 löste sich die IG Bau-Holz aus der Umklammerung des FDGB und gab sich eine eigene demokratische Satzung. Schließlich verabschiedete der Beirat der IG Bau-Steine-Erden am 3. Mai des Jahres eine Resolution, mit der die Weichen für den Zusammenschluß einer einheitlichen Baugewerkschaft in Deutschland gestellt wurden.

Mit einer einheitlichen IG Bau-Steine-Erden sind nun die Voraussetzungen für die Wahrung der Arbeitnehmerinteressen gegeben. Natürlich heißt das auch: Das Altvermögen unserer Vorläuferorganisationen und diejenigen Teile, die durch Mitgliedsbeiträge rechtmäßig erworben wurden, müssen zurückgegeben werden.

Einheit heißt, das in mehr als 40 Jahren beharrlich gewachsene Mißtrauen gegen den FDGB abzubauen. Wir können auch

^k Es werden Auszüge aus Reden und Entschlüssen der 16 DGB Gewerkschaften abgedruckt.

nicht zurückgreifen auf funktionierende organisatorische Strukturen, auf Funktionäre unseres Vertrauens, auf selbstbewußte Mitglieder und auf gewachsene gewerkschaftliche Erfahrungen

Neu beginnen - das ist hier nicht nur Motto, sondern schlichte Notwendigkeit



Hans Berger, 1
Vorsitzender der IG
Bergbau und Energie, beim
Außerordentlichen

Gewerkschaftskongreß der IGBE am
7 September 1990 in Duisburg

Die Entstehung der deutschen Einheit verlangt notwendig auch die Schaffung der gewerkschaftlichen Einheit. In diesem Erkenntnis haben wir frühzeitig damit begonnen, die Demokratisierung in der DDR tatkräftig zu unterstützen. Dabei bildete der Aufbau einer neuen, demokratischen und unabhängigen Gewerkschaft nach unserem bewährten Vorbild der Einheitsgewerkschaft das Ziel. Denn eine demokratische Gesellschaft ist ohne unabhängige und starke Gewerkschaften nicht vorstellbar. Im Neuaufbau der Gewerkschaften in der DDR sehen wir deshalb einen wesentlichen Beitrag und zugleich eine Voraussetzung für die Erneuerung der Gesellschaft []

Die Entwicklung der Industriegewerkschaft Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft und der Industriegewerkschaft Wismut ist ungeachtet aller unübersehbaren, aber wohl auch unvermeidlichen Schwächen und Probleme, bis heute erfreulich gut vorangeschritten. Beide haben sehr frühzeitig und eindrucksvoll ihren Willen zur demokratischen Erneuerung unter Beweis gestellt. So können wir gemeinsam stolz darauf sein, daß es unsere Kolleginnen und Kollegen waren, die mit der Aufkündigung ihrer Mitgliedschaft im FDGB den entscheidenden Anstoß zur Entmachtung dieser stalinistischen Organisation gegeben haben.

Frühzeitig haben wir damit begonnen, beiden Gewerkschaften bei ihrem organi-

satorischen und auch bei ihrem politischen Neuanfang aktive Unterstützung zu leisten. Dies hat zweifellos viel Kraft und Aufwand gekostet, doch wir haben die Gewißheit, daß wir uns auf einem richtigen Weg befinden. Unser Engagement ist nicht nur ein Gebot der Solidarität, sondern auch ein Gebot der Klugheit, denn gewerkschaftliche Interessenvertretung kann zukünftig nur noch erfolgreich sein, wenn sie sich als gesamtdeutsche Interessenvertretung versteht []

Mit der gemeinsamen „Berliner Erklärung“ der Hauptvorstände aller drei Gewerkschaften vom 18. Juni 1990 wurde schließlich jener historisch bedeutende Schritt eingeleitet, den wir am 1. November 1990 vollenden wollen. Die Gewerkschaften der DDR lösen sich auf, ihre Mitglieder treten über, und es existiert nur noch eine gemeinsame Organisation der Beschäftigten der Bergbau-, Energie- und Wasserwirtschaft in Deutschland: die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie¹. Damit ist nach 100 Jahren Wirklichkeit, was anfangs durch die politische Zerstrittenheit und später durch die staatliche Teilung verhindert blieb: die Einheitsgewerkschaft im einigen Deutschland.

Auch wenn völlig unbestritten ist, daß die neue Einheit nur auf der Grundlage der bewährten organisatorischen und politischen Prinzipien der IG Bergbau und Energie entstehen kann, müssen wir uns den Konsequenzen stellen, die dieser Schritt mit sich bringt. Ganz ohne Zweifel wird die Zahl unserer Mitglieder beträchtlich wachsen. Wir werden um vieles Neues bereichern, unsere Stärke, aber auch unsere Verantwortung nehmen zu. Doch zugleich durften sich auch die Gewichte verschieben.

Wie bisher, vertreten wir unsere Mitglieder von der Ruhr, von der Saar und aus den vielen anderen Revieren. Doch es kommen neue mitgliederstarke Reviere, zum Beispiel in Sachsen und in der Lausitz, hinzu. Neben unsere bisherigen Mitglieder im Steinkohlenbergbau, in der Braunkohle, im Kalibergbau, bei der

Erdöl- und Erdgasgewinnung, im Erzbergbau sowie in den Kraftwerken, treten jetzt zehntausende von Braunkohlenbergleuten und Energiearbeitern. Und noch eines dürfte sich ändern. Wir müssen eingestehen, bisher war die IG Bergbau und Energie eine exklusive Männergewerkschaft. Ein Drittel unserer neuen Mitglieder aus der DDR werden Frauen sein.

Dies alles führt zusammengenommen ganz zwangsläufig zu neuen Strukturen, neuen Arbeitsweisen und auch zu neuen Aufgaben. Es kann deshalb überhaupt nicht verwundern, daß der bevorstehende Wandel auch Verunsicherung und Irritationen auslöst. Ich will dies nicht verwischen und sage deshalb deutlich: Wir werden in den nächsten Jahren einen Prozeß des Zusammenwachsens durchlaufen, einen mühsamen Prozeß des Kennenlernens und des Voneinanderlernens. Verschiedenartiges, ja auch Gegensätzliches muß integriert werden. Meinungsverschiedenheiten, Konflikte, Fehler und Irrtümer dürften dabei nicht auszuschließen sein.

Es wird viel Zeit und Geduld brauchen, bis wir die neue gemeinsame Identität gefunden haben. Doch ich bin zuversichtlich. Wer sonst, wenn nicht wir, sollte in der Lage sein, das notwendige Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln.

Niemand braucht angesichts der Zukunft beunruhigt zu sein: Denn im Kern unserer Überzeugungen und unserer Arbeit bleiben wir die, die wir immer gewesen sind, die solidarische und erfolgreiche Interessenvertretung unserer Mitglieder.



Initiativ-Entschließung
des 3. Außerordentlichen
Gewerkschaftstags der JG
*Chemie-Papier-Keramik am 10.
September 1990 in Bonn*

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik hat sich von Anbeginn an eindeutig für die Vereinigung ausgesprochen. Wohlwissend, daß schwierige Pro-

bleme geregelt werden müssen, aber auch geregelt werden können. Die Europäische Integration, die osteuropäische Entwicklung und das Zusammenwachsen von BRD und DDR müssen miteinander verknüpft werden, damit Freiheit und Demokratie für alle Bestand haben. Gegenseitige Hilfen und Unterstützungen sind nötig, Erfahrungen und Kenntnisse der einen Seite müssen der anderen Seite vermittelt werden und umgekehrt.

So hat die IG Chemie-Papier-Keramik auch von Anfang an ihre Unterstützung für eine freie gewerkschaftliche Entwicklung in der DDR verstanden. Den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in den Betrieben der DDR haben wir unsere Grundposition einer freien, starken Gewerkschaftsbewegung in einem demokratischen, sozialen Rechtsstaat vermittelt und deutlich gemacht, daß eine soziale Ausgestaltung des Gemeinwesens nicht ohne freie Gewerkschaften möglich ist.

Diese Grundpositionen sind von der Industriegewerkschaft Chemie, Glas und Keramik der DDR aufgenommen worden. Der Beitritt der Mitglieder unserer Partnerorganisation in die IG Chemie-Papier-Keramik steht am Ende des innergewerkschaftlichen Diskussions- und Veränderungsprozesses in der DDR. Die Beschlüsse der Zentralen Delegiertenversammlung am 27. und 28. April 1990 in Bernau und die Entscheidungen des Beirats der IG Chemie-Papier-Keramik am 8. Mai 1990 in Fulda und der sich darauf gründende Kooperationsvertrag sowie die Beschlüsse dieses Außerordentlichen Gewerkschaftstages sind die Grundlage für die weiteren Beratungen für eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation im Juni 1991.

Mit dem 14. Ordentlichen Gewerkschaftstag im Juni 1991 wird es nur noch eine Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik für das gesamte Deutschland geben. Alle notwendigen organisatorischen Schritte sind nunmehr auf den Weg gebracht.

Unverrückbare Grundposition in dieser gemeinsamen Industriegewerk-

schaft Chemie-Papier-Keramik bleibt unser Bekenntnis zum demokratischen sozialen Rechtsstaat als unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung freier Gewerkschaftsarbeit und solidarischem Miteinander Auf dieser Grundlage arbeiten wir für die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien, um das Ziel der gleichberechtigten Partnerschaft der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen

Wir sind Teil dieses Staates und übernehmen in diesem Sinne auch Verantwortung in unserer demokratischen Gesellschaft Es geht um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse aller, um die ökologische Modernisierung und Weiterentwicklung des Industriestandortes Deutschland, um die Sicherung und den Ausbau der Mitbestimmung, um die Verwirklichung von Chancengleichheit für Frauen und Männer. Konsensbereitschaft und Kooperation im Umgang mit unseren Sozialpartnern sind ebenso selbstverständlich wie Konfliktbereitschaft dort, wo alle Gesprächs- und Verhandlungsebenen ausgeschöpft sind.

Diese Grundpositionen gelten auch künftig in der gemeinsamen Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik

Und weiterhin gilt auch, daß es keine Bündnisse oder Aktionseinheiten mit Kommunisten oder ihnen nahestehenden Gruppen und Gruppierungen für uns geben wird Dies betrifft auch die PDS und ihre Ableger Die Ergebnisse von über 40 Jahren Kommunismus in der DDR sind katastrophal Zentral gelenkte staatliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind gescheitert Der Kommunismus als Ideologie hat aus unserer Sicht ausgedient Wir werden nicht zulassen, daß diese Kräfte nunmehr ein neues Betätigungsfeld hier suchen, um ihre reaktionäre, gegen die Menschen gerichtete Politik im neuen Gewand fortzusetzen

Deshalb werden wir uns auch in politische und gewerkschaftspolitische Auseinandersetzungen einmischen, ohne unsere parteipolitische Unabhängigkeit im Rah-

men des Einheitsgewerkschaftsgedankens zu verlassen Unser Verständnis von gewerkschaftlicher Gestaltung beinhaltet auch die politische Durchsetzung unserer Positionen, damit sozialstaatliche demokratische Entwicklung vorangetrieben wird



Rudi Schäfer,
Vorsitzender der
Gewerkschaft der
Eisenbahner Deutschlands, beim
Außerordentlichen Gewerkschaftstag der
GdED vom 23 bis 25 Oktober 1990 in
Kassel

Wenn es um die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen geht, kommt der Tarifpolitik eine zentrale Bedeutung zu.[..]

Der letzte Tag dieses außerordentlichen - und außergewöhnlichen - Gewerkschaftstages ist für mich Anlaß, in die tarifpolitische Zukunft zu blicken

Die Mitglieder fragen angesichts der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen mit Recht Was bringt uns die Zukunft? Wie sicher sind unsere Arbeitsplätze? Wie wird sich unser Lebensstandard entwickeln? Welchen Stellenwert nimmt die Arbeitswelt in unseren gesamten Lebensumständen ein? Fragen dieser Art sind nicht leicht zu beantworten Sie verpflichten uns, Antworten zu finden und Konzepte und Perspektiven zu entwickeln, die zufriedenstellende Antworten möglich machen

Bei der Entwicklung von Perspektiven und Strategien für die Zukunft können wir auf die seitherige Arbeit aufbauen. Ich werte es sehr positiv, daß hier Kontinuität sichtbar wird Die Delegierten des letzten Gewerkschaftstages 1988 in Nürnberg haben - ohne den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel auch nur erahnen zu können - den „Tarifpolitischen Handlungsrahmen“ beschlossen, der, so zeigt sich heute, aktueller denn je ist [..].

Im Tarifpolitischen Handlungsrahmen sind die grundsätzlichen Ziele festgeschrieben:

- 1 Sicherung und Erhöhung der Einkommen
- 2 Gerechte Entgeltsysteme
- 3 Verkürzung der Arbeitszeit
- 4 Keine tariffreien Räume
- 5 Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Teilzeitbeschäftigten
- 6 Angleichung der Rechte von Arbeitern und Angestellten
- 7 Tariflicher Anspruch auf berufliche Weiterbildung []

Dabei muß uns jedoch klar sein, daß es uns nicht von heute auf morgen gelingen wird, das Ergebnis einer über 40jährigen Tarifpolitik im Bereich der seitherigen Bundesrepublik für unsere neuen Kolleginnen und Kollegen wirksam werden zu lassen. Dies muß ich in aller Deutlichkeit und Entschiedenheit sagen. Ich will und kann nicht Hoffnungen und Erwartungen wecken, die wir als Gewerkschaft im nun geeinten Deutschland so nicht erfüllen können.

Unerfüllbare Hoffnungen zu wecken, wurde einen schweren Vertrauensverlust für die Gewerkschaftsbewegung schlechthin bewirken. Gerade unsere Kolleginnen und Kollegen im Gebiet der ehemaligen DDR, die dort über 40 Jahre hinweg unter völlig anderen Bedingungen gelebt und gearbeitet haben, haben Anspruch auf ehrliche Aussagen und auf eine auch für sie transparente Tarifpolitik. Uns allen, die wir im Westen unsere Erfahrungen mit der Tarifpolitik gemacht haben, ist bewußt, daß Tarifpolitik in der Konsequenz Arbeitskampf heißt.



Dr. Dieter Wunder, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, beim

Außerordentlichen Gewerkschaftstag der GEW am 10. November 1990 in Münster

Der Hauptvorstand hat die Politik des Aufbaus der GEW in ganz Deutschland

sehr nüchtern, vielfach zurückhaltend eingeleitet. Schritt für Schritt wurden wir uns der neuen Aufgaben bewußt. Unser Doppelweg - Unterstützung der bildungspolitischen Initiativen und Entwicklung guter Arbeitsbeziehungen zu den sich demokratisierenden Gewerkschaften - hat sich als richtig erwiesen. Richtig war es auch, auf die Entwicklung eigenständiger GEW-Gliederungen zu setzen. Für die neuen Landesverbände einschließlich Berlin können wir selbstbewußt feststellen: Unter den aktiven Mitgliedern sind sowohl Kolleginnen und Kollegen, die im Herbst 1989 Teil der Opposition waren, aber ebenso diejenigen, die sich seither auf den mühseligen Weg der Umgestaltung der alten Gewerkschaften gemacht haben. Wir heißen alle Mitglieder aus der ehemaligen DDR sehr herzlich willkommen bei uns. Wir freuen uns über den Zuwachs an Mitgliedern. Die GEW gewinnt an Gewicht und wird nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten stärker werden als bisher. Im Vordergrund stehen derzeit die Verpflichtungen.

Der Ausbau der neuen Landesverbände einschließlich Berlins erfordert noch gewaltige Anstrengungen. Diesem Gewerkschaftstag obliegt es, dafür die finanziellen Mittel bereitzustellen. Aber auch personell werden Hauptvorstand und Landesverbände sich enorm anstrengen müssen. Ich appelliere an alle: Laßt uns die Kraftanstrengung der vergangenen Wochen und Monate mindestens noch ein Jahr fortsetzen. Zugleich aber bitte ich, mit da und dort vielleicht vorhandenem Vormundschaftsdenken Schluß zu machen. Unsere neuen Landesverbände sind gleichberechtigte und selbständige Gliederungen der GEW. Seien wir uns immer bewußt: Die Menschen in der DDR haben ihrem Staat und ihrer Gesellschaftsordnung den Laufpaß gegeben, nicht wir aus dem Westen.

Für unseren Dialog miteinander und mit der Öffentlichkeit will ich aber eines auch festhalten: Die gesamte Organisation gewinnt nicht nur viele neue Mitglieder, sie übernimmt auch ein schweres

Erbe. Die Gewerkschaften der DDR waren im Herbst an der Selbstbefreiung der DDR kaum oder gar nicht beteiligt, auch nicht die Mehrheit der Pädagogen oder Wissenschaftler. Die berufliche Situation legte loyale Mitarbeit im untergegangenen System nahe. Viele engagierten sich idealistisch für den Sozialismus, andere waren Opportunisten, wieder andere machten mangels Alternativen einfach mit. Unsere Kolleginnen und Kollegen in der ehemaligen DDR waren, sind eben Menschen genauso wie wir. Dennoch, wenn heute die Entlassung aller Richter in der ehemaligen DDR gefordert wird - und viele von uns dafür großes Verständnis haben - wie antworten *wir* eigentlich, wenn wir gefragt werden, ob die Demokratie mit den alten Lehrern und Hochschullehrern aufgebaut werden kann? Da wird es in der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR noch heftige Auseinandersetzungen geben. Unsere Kolleginnen und Kollegen können und müssen Unterstützung von uns verlangen. Der Hauptvorstand hat bereits am 20. Oktober eindeutig jede politische Überprüfung der Beschäftigten abgelehnt. Wir müssen Verständnis für die schwierige Situation unserer Kolleginnen und Kollegen aufbringen. Sie müssen sich auf die neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten einstellen, Überzeugungen aufgeben, Enttäuschungen verarbeiten, neue Orientierung finden. Behutsamkeit im Umgang miteinander ist gefordert. Dies kann und darf allerdings nicht heißen, über die Vergangenheit zu schweigen. Im Gegenteil, die Glaubwürdigkeit einer Bildungsgewerkschaft und ihre politische Wirksamkeit hängen entscheidend davon ab, daß wir das Vertrauen von Eltern und Jugendlichen, das Vertrauen der Öffentlichkeit gewinnen. Die GEW wird sich diesen Schwierigkeiten stellen, selbst wenn dies an der einen oder anderen Stelle weh tut. Die DDR-Vergangenheit ist jetzt Teil unserer Vergangenheit geworden. Gerade deswegen werden wir keiner unbequemen Frage ausweichen, natürlich auch nicht zu unserem eigenen Verhalten. Immerhin, das Positionspapier Friedenserziehung in beiden

deutschen Staaten ist noch heute tragfähig. Wir werden den gemeinsamen Weg in die Zukunft selbstbewußt, mit Sensibilität und Solidarität gehen.



Günther Lappas, Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, beim Außerordentlichen Gewerkschaftstag der GGLF am 22. September 1990 in Bogensee

Am heutigen Tage wird sich die GLNF der DDR auf ihrer zur gleichen Zeit beginnenden zentralen Delegiertenkonferenz auflösen. Wir, die Delegierten des Außerordentlichen Gewerkschaftstages der GGLF, werden, so hoffe ich, die letzten Hürden auf dem Wege für eine gemeinsame Zukunft der Arbeitnehmer im Agrarbereich Gesamtdeutschlands beseitigen.

Es ist nicht alles so gekommen, wie wir uns dies gewünscht und vorgenommen hatten. Das beginnt damit, daß eine Fusion der beiden Organisationen rechtlich nicht möglich ist. Das deutsche Vereinsrecht, das auf uns angewendet wird, läßt dies nicht zu. Heute weiß ich, daß ich darüber aus den verschiedensten Gründen nicht traurig sein muß. Ein wichtiger Grund ist, daß wir mit der Neuaufnahme der Mitglieder der GLNF keine Rechtsnachfolge antreten müssen. Wir haben in vielen gemeinsamen Sitzungen und Zusammenkünften auf allen Ebenen seit dem Abschluß unseres Kooperationsvertrages versucht, mit der notwendigen Sorgfalt und unter Abwägung aller Vor- und Nachteile die Vorbereitung für die Aufnahme der Mitglieder der GLNF voranzutreiben. Nicht immer waren dies angenehme und schöne Stunden, in denen auch dann und wann sehr deutliche Worte gesagt werden mußten. Denn eines steht und stand immer fest: Die GGLF würde nicht den Part des Juniorpartners übernehmen. Wir haben die 40jährige Erfahrung in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, die wir an die Funktionäre und Mitglieder der GLNF vermitteln

können. Wir haben Sorge zu tragen, daß in einer geordneten Phase der Kontinuität die neuen Kolleginnen und Kollegen als vollwertige Mitglieder in unsere Arbeit, in unsere Organisation einzubeziehen sind. Ein großer Teil der führenden Funktionäre des FDGB und seiner Branchengewerkschaften haben die Menschen in der DDR unterdrückt, ausgebeutet, um ihre Mitgliedsbeiträge betrogen und ihrer Freiheit beraubt. Mehr als 40 Jahre waren sie die treuen Erfüllungsgehilfen des stalinistischen SED-Regimes. Keiner der führenden Gewerkschaftsfunktionäre, auch die der GLNF, hat sich an der Befreiungsbewegung des Jahres 1989 beteiligt. Sie wollten den alten, maroden und längst bankrotteten Staat behalten.

Und wenn man dies weiß, dann taucht berechtigterweise die Frage auf, gibt es denn Kolleginnen und Kollegen in der DDR, die unbelastet eine neue Interessenvertretung für die Arbeitnehmer ins Leben rufen können. Gibt es Menschen, die sich um den Aufbau demokratischer Strukturen von unten nach oben bemühen, die parteipolitisch unabhängig alle Beschäftigten vertreten können?

Nun, ich will hier als Nichtbürger der DDR sagen dürfen, wer in einem Land lebt, in dem als Voraussetzung gegolten hat, Mitglied in der herrschenden Staatspartei zu sein, um eine noch so kleine Karriere machen zu können, dem muß man heute diese SED-Mitgliedschaft verzeihen. Wenn man sie „Wendehälse“ nennt, in Gottes Namen, wievielmals haben wir in diesem Jahrhundert in unserem gemeinsamen Vaterland solche Wendehälse erlebt und ertragen? Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, von der Weimarer Republik zur Nazizeit, von der Nazizeit zum stalinistischen SED-Staat der DDR oder auch zur freiheitlich-demokratischen BRD. Wir sollten all denen, die im SED-Staat nicht gegen Menschenrechte in eklatanter Weise verstoßen haben, auch vergeben können. Vergeben können, um mit ihnen gemeinsam einen demokratischen Staat aufzubauen, in dem auch sie zukünftig als gute Demokraten leben und arbeiten können.

Wir sollten nicht daran interessiert sein, alte SED- und jetzige PDS-Strategen in unsere Organisation als hauptamtlich Beschäftigte zu holen. Ich denke, wir werden sie in der neunmonatigen Probezeit, in der alle politischen Sekretärinnen und Sekretäre von der Basis gewählt werden müssen, erkennen. Ganz gefeit vor diesen Leuten sind wir allerdings nicht.

Nun bin ich weit davon entfernt, zu sagen, bei uns hat kein PDS-Mensch eine Chance, wie dies ein Vorsitzender einer anderen DGB-Mitgliedschaft für seine Organisation verspricht. Denn dann muß ich auch sagen, keiner, der während des SED-Regimes einer Blockpartei angehörte, wie zum Beispiel der Ost-CDU, hat eine Chance bei uns. Die alten Mitglieder von CDU, Liberaler Partei und Bauernpartei haben die gleichen Menschenrechtsverletzungen begangen wie die SED-Verantwortlichen. Und was ist mit jenen, die aus reinem Opportunismus nach der Wende von der SED zur SPD oder CDU übergewechselt sind? Wie erkenne ich deren Absichten? Ich kann ihnen immer nur bis vor den Kopf gucken, niemals hinein.



Lorenz Schwegler,
1. Vorsitzender
der Gewerkschaft Handel,

Banken und Versicherungen, beim
Außerordentlichen Gewerkschaftstag
der HBV am 29. Oktober 1990 in Bonn

Es ist noch nicht zu spät, aber noch weniger zu früh, daß wir vier Wochen nach der staatlichen Einheit jetzt zur gewerkschaftlichen Einheit für HBV in ganz Deutschland kommen wollen. Und es erweist sich heute [...] als noch besser, daß bereits am 24. Juni 1990 - und damit eine Woche vor der wirklichen Währungsunion, der höchst ungleichgewichtigen Wirtschaftsunion und der bislang mehr als unbefriedigenden Sozialunion - die Gründung der Gewerkschaft HBV in der DDR erfolgt ist. Denn Existenz, Arbeit und Erfolge dieser Gewerkschaft machen die Entscheidung, die dieser Außerordentli-

che Gewerkschaftstag heute und morgen zu treffen hat, nicht mehr zu einem Spiel mit vielen Unbekannten, sondern zu einem gut vorbereiteten und zu einem gut kalkulierbaren Vorgang []

Die Gewerkschaft HBV-DDR hat ihren Aufbau zwar noch nicht abgeschlossen Aber sie hat ihn in den vier Monaten und vier Tagen ihrer Existenz kräftig vorangebracht 207 098 Mitglieder konnten bis zum Nachmittag des 26 Oktober 1990 in die EDV emgegeben werden Das war in keinem Fall eine Umbettung von Karteileichen, sondern das waren alles neu aufgenommene Mitglieder auf Grund ihrer höchstpersönlichen Entscheidung und Unterschrift. Und mehr als 50 000 weitere unterschriebene Mitgliedsbogen befinden sich zur Zeit zur Bearbeitung in den Geschäftsstellen der Organisation Wenn wir also unsere Mitglieder in Ost und West zusammenzählen, ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, vielleicht ist es schon der 11 11, an dem wir das 666 666 HBV-Mitglied begrüßen können []

Nach den ersten Datenläufen unserer Zentral-Datenverarbeitung, aber auch nach dem Eingang von Geldern aus der betrieblichen Kassierung wächst die Gewißheit Die HBV Mitglieder in den fünf neuen Bundesländern sind nicht nur buchmäßige, sondern sie sind zahlende Mitglieder, nach allem Anschein voll und zuverlässig zahlende Mitglieder

Für Aussagen zur Kassierquote ist es heute sicher noch zu früh. Doch nach einem Datenlauf auf der Basis von 112 935 Mitgliedern von Mitte Oktober läßt sich feststellen Der Durchschnittsbeitrag der dort erfaßten Mitglieder betrug 9,86 DM 55 Prozent der Mitglieder beteiligen sich am Lastschriftverfahren Bei ihnen lag der Durchschnittsbeitrag bei 10,44 DM Auch das eröffnet günstige Perspektiven Dank der HBV-Tarifpolitik sind seit der Ersterfassung der Mitglieder in allen wichtigen Organisationsbereichen die *Gehälter gestiegen* Die Beiträge werden über die 1-Prozent-Formel folgen Die Verstärkung der Finanzkraft der Organisation ist damit programmiert.

Und die Mitglieder sind nicht nur zahlende Mitglieder, sie sind vor allem auch in wachsendem Maße gewerkschaftlich aktive Mitglieder Nach der Erneuerung der Betriebsgewerkschaftsleitungen, nach der erstmaligen Wahl von Betriebsräten und Personalräten in Tausenden von Betrieben, nach der Konstituierung der fachlichen, bezirklichen und regionalen Gliederungen der HBV in der DDR können wir feststellen Diese Organisation kann inzwischen auf das Engagement vieler tausender aktiver, motivierter und in ihrem betrieblichen Umfeld anerkannter Funktionsträger bauen Das ist wahrlich nicht vom Himmel gefallen Sondern da steckt viel Arbeit, viel Einsatz und immer wieder auch viel Courage dahinter Um so wertvoller ist es, daß HBV jetzt in den fünf neuen Ländern auf diesen Quell gewerkschaftlicher Kraft zurückgreifen kann

Nach Vorarbeiten im Juli und August wurde im September und im Oktober in den Bezirken und Landesbezirken die Konstituierung der Organisationsgliederungen durchgeführt Die Gewerkschaft HBV-DDR verfügt über 18 Geschäftsstellen und fünf Landesbezirke In diesen Einheiten sind 202 Kolleginnen und Kollegen hauptamtlich beschäftigt, davon 86 als Verwaltungsangestellte, alle anderen, also 116 als hauptamtliche Sekretäre.

Von den Sekretären kommen 14 aus der alten HBV, alle anderen waren Bürger der ehemaligen DDR Und alle Sekretäre arbeiten auf der Grundlage einer Wahlbeziehungsweise Bestätigungsentscheidung der für sie zuständigen und ihrerseits aus Neuwahlen hervorgegangenen ehrenamtlichen Gremien - in den Bezirken und Landesbezirken und auf der

Die Weichenstellungen für die Einstellung der hauptamtlichen Beschäftigten waren, als sie erfolgten, alles andere als selbstverständlich, sondern ein kraftiger Mutsprung der Organisation Sie erfolgten zu einem Zeitpunkt, als keine 15 000 Mitglieder in der EDV erfaßt waren Aber dieser Vertrauensvorschuß in die Wachs-

tumskräfte der Organisation und der damit verbundene Motivationsschub für die hauptamtlich Beschäftigten hat sich als richtig und zutreffend erwiesen. Was im August noch ein massives finanzielles Risiko für die HBV-DDR war, stellt sich inzwischen als Bestandteil eines finanziell ausgewogenen und gut tragfähigen Organisationskonzepts dar.

Die Gewerkschaft HBV-DDR ist damit in der Zwischenzeit schon nach ihren organisatorischen Daten zu so etwas wie einer guten Partie geworden - ohne daß [...] wir behaupten würden, daß alle Probleme des Aufbaus und der Konsolidierung bereits gelöst wären. Wie sollten sie auch. Aber sie erscheinen heute samt und sonders sehr viel mehr als lösbar, als das vor zwei oder drei Monaten noch der Fall war.

Dazu kommt: Die Gewerkschaft hat sich nie auf inhaltsleere Aufbauarbeit beschränkt, sondern stets den Aufbau der organisatorischen Strukturen verknüpft mit einer aktiven Interessenvertretung der Arbeitnehmer aus Handel, Banken, Versicherungen und Dienstleistungsberufen. Noch vor der Gründung der HBV-DDR gab es bereits gemeinsame Tarifinitiativen von HBV und den alten Gewerkschaften Handel, Nahrung und Genuß sowie Öffentliche Dienste. Die Gewerkschaft HBV-DDR hat in den Monaten seit ihrer Gründung stets an der Spitze des tarifpolitischen Fortschritts gestanden, in allen Organisationsbereichen. Und HBV ist dort auch in der politischen Interessenvertretung der Beschäftigten - *ich* erinnere nur an die Demonstration der Zehntausenden gegen das verfehlte Gesetz zur Entflechtung des Einzelhandels oder an die Demonstration Zehntausender zur Durchsetzung der tarifvertraglichen Bestimmungen für die Wohnungswirtschaft - als aktive, kampfstärke und durchsetzungsmächtige Organisation *in* Erscheinung getreten. Im öffentlichen Bewußtsein der fünf neuen Bundesländer - und nicht nur der Arbeitnehmer unseres Organisationsbereichs - ist HBV damit zu einem Markenzeichen für neue, schwungvolle und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit unter neuen wirtschaftlichen und

politischen Bedingungen geworden. Dazu können wir unseren Kolleginnen und Kollegen gratulieren. Und zu einer solchen Schwesterorganisation gratulieren wir uns im Vorfeld der Vereinigung selbst.



Horst Morich,
Vorsitzender der Gewerkschaft
Holz und Kunststoff, beim 3.
Außerordentlichen Gewerkschaftstag der
GHK am 6. Oktober 1990 in Gelsen-
kirchen

In den unmittelbar vor uns liegenden Wochen und Monaten steht der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine große Bewährungsprobe bevor. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Bereich der ehemaligen DDR erfordern ein schnelles gewerkschaftliches Handeln. Nach der staatlichen Einheit muß die Gewerkschaftseinheit und *müssen* die Strukturen für eine erfolgreiche Arbeit auf allen Ebenen geschaffen werden. Es geht um den Aufbau einer einheitlichen, mitgliederstarken und durchsetzungsfähigen Gewerkschaft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Holz- und Möbelwirtschaft, der Kunststoff- und Kulturwarenindustrie sowie des Handwerks in den Ländern der bisherigen DDR. Aber natürlich gilt das auch für ganz Deutschland. [...]

Die in *den letzten Wochen* ständig steigenden Zahlen der kurzarbeitenden und arbeitslosen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gebiet der ehemaligen DDR, die Notwendigkeit, so schnell wie möglich ein tarifpolitisches Fundament zu schaffen, und das Bedürfnis, in den Betrieben durch die Wahl von Betriebsräten demokratische Strukturen herzustellen - dies alles stellt *die GHK* vor eine große Herausforderung.

liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser können wir uns nur auf der Basis eines demokratischen Neuanfangs mit der Unterstützung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben stellen.

Die GHK ist kein anonymer Apparat oder ein verordnetes Programm! Die GHK, das sind in erster Linie die Menschen in den Betrieben, die ihre Sache in die eigenen Hände nehmen wollen und durch die Wahl von Betriebsräten den ersten Schritt zum Aufbau starker betrieblicher Interessenvertretung machen.

Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer der ehemaligen DDR muß sich letztlich selbst entscheiden, ob sie oder er durch den Beitritt zur GHK sich aktiv am demokratischen Neuanfang in den Betrieben beteiligen will. Deshalb freuen wir uns besonders darüber, [...] daß bereits heute rund 72 000 Kolleginnen und Kollegen der Holz-, Kunststoff- und Kulturwarenindustrie ihren Willen dokumentiert haben, Mitglieder unserer gemeinsamen GHK zu werden.

Wenn wir uns für den Weg entschieden haben, die Gewerkschaftseinheit nicht von oben zu verordnen, sondern auf die individuelle Erklärung jeder einzelnen Kollegin und jedes einzelnen Kollegen für den Eintritt in die GHK zu setzen, kommt darin auch der Grundsatz der Entwicklung der Gewerkschaftseinheit von unten zum Ausdruck.

Genausowenig wie es auf gesamtgesellschaftlicher und staatlicher Ebene möglich sein wird, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen, das Sich-Kennenlernen und die erforderliche gegenseitige Achtung und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebensgewohnheiten allein durch staatliche und rechtliche Einheit zu erzeugen, genausowenig läßt sich das Ziel der Gewerkschaftseinheit unter Schaffung eines solidarischen Miteinanders in der GHK in erster Linie durch Satzungsbestimmungen, Vorstandsbeschlüsse oder die Regelung von Vermögensfragen herstellen.

Es kam und es kommt uns daher darauf an, die Menschen vor Ort, in den Betrieben und Büros, direkt anzusprechen und sie dafür zu gewinnen, ihre Bereitschaft zur Mitgliedschaft in der GHK und damit für einen gewerkschaftlichen Neuanfang persönlich ausdrücklich zu erklären.

In der Logik liegt auch der weitere [...] Weg des Aufbaus der GHK in den neuen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin-Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Zunächst werden die neuen Mitglieder der GHK ihre Geschäftsstellen gründen und darauf aufbauend ihre vier neuen Bezirke. Sie werden dies teilweise gemeinsam mit unseren Mitgliedern der bisherigen Bezirke Schleswig-Holstein/Hamburg und der Bezirksstelle Berlin tun.

Mit dem 14. Ordentlichen Gewerkschaftstag im Jahre 1993 wird dann, so hoffen wir, der Aufbau der neuen Gewerkschaftseinheit weitgehend abgeschlossen sein.



Werner Dick,
1. Vorsitzender der
Gewerkschaft Leder, beim 3.
Außerordentlichen Gewerkschaftstag der
Gewerkschaft Leder am 7. Dezember
1990 in Mannheim

Ab dem 3. Oktober dieses Jahres haben wir die staatliche Einheit und ab 1991 werden wir die gewerkschaftliche Einheit in unserem Bereich haben. Die Gewerkschaft Leder begrüßt nach 40 Jahren die Einheit der Deutschen, und wir freuen uns auf die gewerkschaftliche Einheit innerhalb der Gewerkschaft Leder.

Die Ereignisse in diesem Jahr haben uns fast eingeholt, und es hat mehrere wichtige Vorgänge gegeben. Am 9. März hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft Leder beschlossen, daß er eine einheitliche Gewerkschaft Leder im vereinten Deutschland anstrebt. Im ehemaligen Bereich der DDR haben wir eine Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder.

Am 31. Mai, ebenfalls ein wichtiges Datum, haben wir in dem sogenannten Koordinierungsausschuß empfohlen, daß die Mitglieder aus dem Bereich der Schuh- und Lederwirtschaft nach der Einheit zum Organisationsbereich der Gewerkschaft Leder gehören. Für die Gewerkschaft TeBeLe, also für die Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder,

war dies nicht einfach, und wir möchten uns bei diesen Kolleginnen und Kollegen für ihre faire Verhaltensweise bedanken.

Mit dem Stand vom 31. Juli dieses Jahres haben sich rund 34000 Mitglieder bereit erklärt, sich der Gewerkschaft Leder anzuschließen, welche sich in circa 250 Betrieben der Schuh- und Lederwirtschaft im Bereich der fünf neuen Bundesländer befinden. Die Gewerkschaft Leder wird somit zu Beginn des Jahres 1991 rund 80000 Mitglieder haben. Wir hatten auch in unserer Organisation in diesem Jahr besondere Belastungen zu verkraften. So wurde bereits zu Beginn des Jahres ein Kontaktbüro in Ost-Berlin eingerichtet und mittels mehrerer gezielter Organisationsmaßnahmen, insbesondere in den Monaten September und November, wurde eine konzentrierte Betreuung der zukünftigen Mitglieder im Osten Deutschlands vorgenommen. [...]

Die Gewerkschaft Leder wird die Integration der neuen Mitglieder sofort vornehmen. Ab 1991 werden wir diese im Hauptvorstand, im Beirat und in anderen Gremien mit hinzuziehen. Ein weiterer Außerordentlicher Gewerkschaftstag soll dann noch im Jahre 1991 die notwendigen Ergänzungswahlen vornehmen, um den Zusammenschluß endgültig zu besiegeln.

In der Zukunft wird vieles anders sein als bisher und diese ist nicht die Verlängerung der Vergangenheit. 40 Jahre Erfahrung der Gewerkschaft Leder wollen wir jedoch in die gemeinsame Arbeit einbringen:

- Eine Erfahrung ist, daß nur freie, unabhängige und kämpf- und somit streikfähige Gewerkschaften in der Lage sind, die Interessen der Arbeitnehmer wirksam zu vertreten. Hierzu gehört nicht nur ein gutes Organisationsverhältnis - auch finanzielle Stärke, denn mit niedrigen Beiträgen ist auch in einer Gewerkschaft kein Staat zu machen.
- Eine weitere Erfahrung ist, daß nur in der Einheitsgewerkschaft mit parteipolitischer Unabhängigkeit Erfolge der 40 Jahre möglich waren.

- Erfahren haben wir auch, daß der Machtfaktor Kapital durch funktionsfähige Gewerkschaften Gegenmacht braucht. Wenn es zu dieser Schlußfolgerung noch eines Beweises bedürfte, so ist dieser in der ehemaligen DDR erbracht worden. Denn die dortigen Gewerkschaften haben sich bedingungslos dem Staatskapitalismus unterworfen und die wirklichen Interessen der Arbeitnehmer sträflich mißachtet.
- Wir haben auch erfahren, daß die Gewerkschaften ein klares Konzept brauchen, um Zukunftsaufgaben anzugehen. Wir dürfen auch kritischen Diskussionen innerhalb der Arbeitnehmerschaft und der gesamten Gesellschaft nicht ausweichen. Ebenso haben wir gelernt, im entscheidenden Augenblick die Vernunft und die Kraft zum Kompromiß zu finden, wenn das Ergebnis dies rechtfertigt.



Detlef Hensche,
Stellvertr. Vorsitzender
der IG Medien, beim
Außerordentlichen Gewerkschafts-
tag der IG Medien am 25./26.
Oktober 1990 in Fellbach

Es gibt in den Gewerkschaften Anzeichen altbekannter Polarisierung. Wenn wir dem nachgeben, wenn Machtdenken, wenn Tabus und Ausgrenzung um sich greifen, haben wir die Lektion des letzten Jahres nicht begriffen und setzen die Einheitsgewerkschaft aufs Spiel. Weder darf es Ausgrenzungen nach Parteibuch oder politischem Bekenntnis geben; nicht nur Christen, Sozialdemokraten und Parteilose, auch Grüne und PDS-Mitglieder haben Platz in der Einheitsgewerkschaft. Es gibt nur eine Plattform: unsere Forderungen und Programme. Noch dürfen wir es zulassen, wenn die Gewerkschaften zu parteipolitischen Zwecken instrumentalisiert werden.

Ich denke da keineswegs nur an kommunistische Virtuosität, durch Herbeifüh-

rung gewerkschaftlicher Beschlußlagen eine eigene Massenbasis vorzugaukeln, sondern in gleicher Weise an sozialdemokratische Vereinnahmungstendenzen. Wer beispielsweise in diesem Zusammenhang vor Seilschaften warnt, vielleicht mit Grund, wird es hoffentlich nicht tun, um dafür umso kräftiger eigene Seilschaften zu befördern. [...]

Wie stellen wir uns zur politischen Anpassung ganzer Berufszweige? Wie gehen wir mit dem Selbstverständnis von Journalisten und Künstlern um, die mit Kräften am Blendwerk sozialistischer Fassaden mitgewirkt, ja, die andere persönlicher Drangsal ausgesetzt haben und selbst stets oben schwammen?

Ich meine:

(1.) ist Bescheidenheit am Platze. Auch hierzulande soll es Abteilungsleiter und Chefredakteure geben, die ihren Aufstieg dem Parteibuch verdanken. Auch möchte ich vor einfachen Wahrheiten warnen. Wo etwa verläuft die Grenze zwischen Täter und Opfer? Gibt es nicht viele, in deren Person die Rolle des Täters und das Schicksal des Opfers zusammenfallen? (2.) Dennoch können wir uns der Aufgabe nicht entziehen, die politischen und die beruflichen Mechanismen aufzudecken, die kollektive Anpassung, die den Kniefall vor der Macht beförderten. Dies geht uns alle an. (3.) Die Auseinandersetzung mit persönlicher Verstrickung muß dagegen in erster Linie das Werk derer sein, die die vierzigjährige Geschichte selbst erlebt und erlitten haben. Vor Spruchkammern sei daher gewarnt. Hier helfen nur Öffentlichkeit, auch wenn es schmerzhaft ist, und demokratische Spielregeln. Ansätze dazu gab und gibt es im Schriftstellerverband der DDR und unter Journalisten des Deutschen Fernsehfunks. Sollten sie versanden und dieser Teil der Geschichte verdrängt werden, so hat das zwangsläufig zur Folge, daß die neuen Hausherren und Arbeitgeber das Geschäft an sich ziehen. Und dann drohen Denunziantentum und Arbeitssperre. Doch Berufsverbote sollten wohl nicht Wegbereiter von Demokratie und Rechtsstaat sein.

Die Gewerkschaften in der DDR waren nicht auf Seiten derer, die Befreiung brachten. Sie standen auf der anderen Seite. Sie waren - sicher nicht widerspruchsfrei - verflochten und eingebunden in den SED-Staat. Mitglieder und Belegschaften haben folglich das Vertrauen verloren, viele bis in unsere Tage.

Für eine Erneuerung an Haupt und Gliedern war die Zeit zu kurz. Die wenigen Monate seit der Wende reichten nicht, weder für einen demokratischen Neuaufbau von unten, noch für die organisatorische und inhaltliche Umstellung auf die völlig neuartigen Herausforderungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Demzufolge blieb letztlich nur der Weg der Auflösung und des Übertritts der Mitglieder in die Gewerkschaften der Bundesrepublik. Die Auflösung der IG Druck und Papier ist bereits vollzogen, die der Gewerkschaft Kunst steht unmittelbar bevor.

Für andere Lösungen, etwa eine Fusion in fünf Jahren, hat uns das atemberaubende Tempo der wirtschaftlichen und staatlichen Vereinigung keine Zeit gelassen.

Eine Folge dieser Entwicklung war, daß den westdeutschen Gewerkschaften, ob sie es wollten oder nicht, eine eigene Beteiligung am Erneuerungsprozeß zuge wachsen ist. Im einzelnen haben sich die DGB-Gewerkschaften dabei von unterschiedlichen Prinzipien leiten lassen. Sie mögen, jede für sich, ihre Gründe haben.

Die Politik unserer Gewerkschaft, der IG Medien, bewegte sich zwischen den Polen: *Kooperation und aktives Eingreifen*, hier und da auch nur Überwindung alter Machtstrukturen. Das war und ist nicht frei von Widersprüchen. Doch auch hier ist vor einfachen Wahrheiten zu warnen. Unsere Gewerkschaft hat es abgelehnt, gleichsam eine Politik der tabula rasa zu betreiben, das heißt an den noch bestehenden Gewerkschaften in der DDR vorbei neue gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen.

Nicht nur, daß wir schon früher Kontakte hatten - über deren Praxis des rück-

sichtsvollen Schweigens heute einiges selbstkritisch anzumerken wäre. Wichtiger war und ist uns, daß es für den gewerkschaftlichen Neuaufbau nicht der richtige Anfang ist, in Konfrontation zunächst alles zu zerschlagen. Dies gilt erst recht angesichts der seit Jahresbeginn angelaufenen Bemühungen, sich aus eigener Kraft zu reformieren. Dies haben wir zu respektieren. Die am Erneuerungsprozeß beteiligten Mitglieder und Funktionäre sollen mit aufrechtem Gang in die neue Gewerkschaft gehen können.

Folglich haben wir gemeinsam mit den Vorständen beider Gewerkschaften, der IG Druck und Papier und der Gewerkschaft Kunst, Kultur und Medien, sowie mit dem Schriftstellerverband und Vertretern des Verbandes Deutscher Journalisten, die neuen Strukturen und deren Aufbau vereinbart. Wir haben an Tarifverhandlungen teilgenommen und eine tarifpolitische Arbeitsgemeinschaft gegründet, um die Fortgeltung bestehender Tarifverträge zu sichern. Wir haben mit über fünfzig Beschäftigten beider Gewerkschaften, Verwaltungsangestellten wie Funktionsträgern, ab 1. Oktober Arbeitsverträge abgeschlossen. Wir haben verabredet, daß ein Vertreter der Mitgliedschaft aus der ehemaligen DDR als Sonderbeauftragter gewählt wird und bis zum Gewerkschaftstag 1992 das Recht hat, mit Stimmrecht an Sitzungen des Geschäftsführenden Hauptvorstandes teilzunehmen. Der Gewerkschaftstag wird dies hoffentlich beschließen.

Natürlich verlief die Zusammenarbeit nicht ohne Brüche und Konflikte. Etwa, als die IG Druck und Papier die Übernahme aller Beschäftigten verlangte, was wir schon aus finanziellen Gründen ablehnen mußten. Oder: Als in Leipzig die ersten Beauftragten aus dem Westen ihre Arbeit aufnahmen, hatten sie vor Ort durchaus nicht nur Unterstützung des alten Gewerkschaftsapparats erfahren.

Damit bin ich beim anderen Pol unseres Vorgehens: Auch wenn wir immer wieder, bisweilen geradezu beschwörend, von „Hilfe zur Selbsthilfe“

reden - der eigenen, aktiven Rolle im Erneuerungsprozeß konnten wir uns nicht entziehen. Beispielsweise haben wir unsere Organisationsprinzipien vorgegeben, vom Ortsverein bis zum Landesbezirk, einschließlich der Fachgruppen; Strukturen, die in der DDR bislang unbekannt waren. Wir haben darauf gedrängt, daß sich zwei selbständige Gewerkschaften sowie die Mitglieder des Schriftsteller- und des Journalistenverbandes binnen weniger Wochen und Monate zusammenfinden. Wir haben im Westen Jahre dafür gebraucht. (Und sind bis heute damit nicht fertig.) Wir haben Beauftragte aus der Bundesrepublik entsandt, die ja nicht nur beraten, sondern selbst zupacken, etwa bei der Gründung von Ortsvereinen, bei Betriebsratswahlen, bei der Mitgliederbetreuung.

Heute und morgen beschließen wir eine Satzungsänderung, das heißt Delegierte aus der ehemaligen Bundesrepublik dehnen die im Westen geltende Satzung auf die östlichen Bundesländer aus. So konnte es nicht überraschen, daß der Vorwurf der Vereinnahmung erhoben wurde, auch im Westen. Was den Umgang miteinander angeht, gibt es sicher manches an westlicher Besserwisseri und Unduldsamkeit zu kritisieren. Dennoch geht der Vorwurf der Vereinnahmung historisch an der Sache vorbei. Der Anstoß zur Vereinigung kam nicht vom Westen, schon gar nicht von den westlichen Gewerkschaften.

Auch wir haben in Ziel und Tempo nur atemlos nachvollzogen, was die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung eingeleitet hat, indem sie sich vom SED-System und damit auch von den alten Gewerkschaften abgewandt hat. Wenn die Gewerkschaften der DDR zu irgendetwas gezwungen worden sind, so durch die eigene Krise und den eigenen Vertrauensverlust, und damit letztlich durch die eigenen Mitglieder. Und das hat ja wohl etwas mit der eigenen 40jährigen Geschichte zu tun, nicht dagegen mit den westdeutschen Gewerkschaften.

Was den gegenwärtigen Stand und die nächsten Schritte angeht, ist folgendes

festzuhalten. Seit dem Frühsommer werden Ortsvereine gebildet. Inzwischen sind es ca. 20, deren Vorsitzende als Gastteilnehmer unter uns sind. Ab Dezember finden Bezirkstage statt.

Im Frühsommer des nächsten Jahres wird sich voraussichtlich die Bildung von Landesbezirken anschließen. Derzeit sind drei Landesbezirke geplant: Sachsen, Sachsen-Anhalt/Thüringen und Berlin/Brandenburg. Die Bezirke in Mecklenburg-Vorpommern werden in den Landesbezirk Nord aufgenommen. Wir gehen davon aus, daß die neuen Landesbezirke jeweils mindestens 15 000 Mitglieder umfassen. Andernfalls werden wir Zahl und Grenzen der Landesbezirke neu festlegen müssen. Dabei sollte die Bildung eigener Landesbezirke auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in jedem Fall Vorrang haben vor der Herauslösung von DDR-Bezirken an westdeutsche Landesbezirke.

Selbstverständlich werden die Mitglieder der neuen Landesbezirke in allen zentralen Gremien, wie Hauptvorstand, Gewerkschaftsrat, zentralen Tarifkommissionen, Fachgruppenvorständen gleichberechtigt vertreten sein. Von Sonderrechten war in den Verhandlungen allerdings nicht die Rede. [...]

Mittlerweile haben rund 30 000 Mitglieder den Übertritt in die IG Medien erklärt. Bei günstiger Entwicklung könnten es bis zu 50 000 werden. Dabei sind bereits die Sektoren herausgerechnet, die aufgrund hiesiger Organisationsabgrenzung in Zukunft zu anderen Gewerkschaften gehören werden. Das betrifft, nachdem die Papiererzeugung schon von der IG Chemie-Papier-Keramik betreut wird, namentlich den Buchhandel, die Museen und kulturellen Einrichtungen und die Bibliotheken. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften HBV und ÖTV ist bisher, bis auf einige örtliche Ausnahmen, im wesentlichen ohne große Konflikte verlaufen.

Unser Engagement fand im Westen nicht immer Zustimmung. Es gab Klagen, etwa wenn der Bezirkssekretär hier fehlt,

weil er vorübergehend in der DDR arbeitet. Auch hat unsere Gewerkschaft nicht unbeträchtliche finanzielle Belastungen auf sich genommen, bis Ende dieses Jahres voraussichtlich 4 Mio. DM. Auch später noch wird Unterstützung aus dem Westen erforderlich sein. Eine IG Medien, die in Leipzig, Dresden oder Rostock schwach ist, wird auch in Hamburg, Frankfurt oder Nürnberg in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigt sein. Aufbauhilfe für die neuen Landesbezirke ist daher zugleich Hilfe für unsere Gewerkschaft insgesamt.



Franz Steinkühler,
1. Vorsitzender der
Industriegewerkschaft Metall,
beim 2. Außenordentlichen Gewerkschaftstag der IGM am 2. November 1990 in Bonn

Auf dem DGB-Bundeskongreß habe ich gesagt, daß durch die deutsche Einheit die Gewerkschaften nicht stärker, sondern schwächer werden. Ich meinte dies nicht zahlenmäßig, denn natürlich werden wir mehr Mitglieder haben. Die IG Metall, so hoffe ich, deutlich über drei Millionen.

Aber angesichts der ideologischen Trendwende, angesichts noch nicht vollständig funktionierender Organisationsstrukturen und angesichts des Mangels an gewerkschaftlichen Erfahrungen unserer zukünftigen Mitglieder werden wir auf absehbare Zeit keinen Zuwachs an Kampfkraft erhalten.

Hinzukommt, daß sich Gewerkschaftsarbeit in Ostdeutschland vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden wirtschaftlichen und strukturellen Umbruchs vollzieht mit Betriebsschließungen, Massenarbeitslosigkeit, Null-Kurzarbeit und mit Menschen, die verunsichert sind, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, die sich um Jahre ihres Lebens betrogen sehen und die ideologisch desorientiert sind.

All dies spricht nicht gegen, sondern für die Gewerkschaftseinheit. Wenn Menschen in Not sind, sind Gewerkschaften am nötigsten. Gewerkschaften sind keine Organisationen für die Schönwetterphasen des Kapitalismus. Gewerkschaften sind dazu da, den Menschen zu helfen und zwar gerade dann, wenn sie Hilfe am nötigsten brauchen. So sind sie auch entstanden. Und so lautet ihr historischer Auftrag.

Die Schwierigkeiten sind groß, aber auch die Chancen. Wir haben die Chance, in Ostdeutschland eine starke Gewerkschaftsorganisation aufzubauen. Nach wie vor haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine hohe Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Nach wie vor setzen sie hohe Erwartungen in unsere Kompetenz und in unsere Kampfkraft.

Wir haben die Pflicht und die Verantwortung, ihnen zu helfen, sie zu stützen und zu schützen, auch wenn wir wissen, daß unsere Möglichkeiten begrenzt sind. Eine Auseinandersetzung zu verlieren ist zwar bitter, aber es schlägt nicht um in Enttäuschung über die Organisation. Enttäuscht sind unsere Mitglieder nur dann, wenn sie den Eindruck bekommen, daß wir einer Auseinandersetzung ausweichen, daß wir nicht konfliktfähig und nicht handlungswillig sind.

Vor einem Jahr auf dem 16. Ordentlichen Gewerkschaftstag hat niemand von uns sich vorstellen können, daß wir heute die satzungsgemäßen Voraussetzungen schaffen für die IG Metall für ganz Deutschland. Im Dezember 1989 fuhr ich in das damalige Ost-Berlin, um unsere Hilfe bei der Erneuerung der IG Metall der DDR anzubieten. Damals sprach noch niemand von der staatlichen Einheit und demzufolge dachte auch niemand an die Gewerkschaftseinheit. Im Februar dieses Jahres besuchte uns Hartwig Bugiel und wir sprachen bereits über die Einheit der beiden Metallgewerkschaften. Der Weg blieb noch offen, ebenso die Frage wie die Gewerkschaftseinheit vor der staatlichen Einheit zu erreichen ist. Im Mai, am

Rande des DGB-Bundeskongresses, unterzeichneten wir die Hamburger Vereinbarung, die den Beitritt der Mitglieder der IG Metall der DDR vorsah und den 1. Januar im Jahr unseres 100. Geburtstages als Beginn der Gewerkschaftseinheit festlegte. Wir vereinbarten damals auch, daß sich die IG Metall der DDR zum Jahresende auflöst. Die dazu nötigen Beschlüsse sind am 5. und 6. Oktober gefaßt worden. Die IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland sollte ihrerseits die satzungsgemäßen Voraussetzungen für den Beitritt der Mitglieder der damaligen DDR schaffen. Dies soll morgen geschehen.

Diese Strecke, wie man in DDR-Deutsch sagt, wäre nicht möglich gewesen, ohne das Engagement und die Zusammenarbeit vieler Kolleginnen und Kollegen aus beiden Metallgewerkschaften. [...]

Ich freue mich auf die Zukunft in dieser gemeinsamen IG Metall, eine Zukunft, die sehr viel Arbeit mit sich bringt, aber eine Zukunft, die trotz allen Schwierigkeiten spannend und interessant zu werden verspricht. Wie diese gemeinsame IG Metall aussehen wird, hängt von uns, den Kolleginnen und Kollegen aus Ost- und Westdeutschland ab. Es liegt an uns, was wir einbringen an Ideen, an Hoffnungen und Wünschen, an Engagement und Überzeugung.

Die IG Metall für die Bundesrepublik hat sich gegenüber neuen Arbeitnehmergruppen geöffnet, sie hat den Dialog mit Wissenschaftlern, mit Künstlern, mit alten und neuen sozialen Bewegungen erneuert und intensiviert. Wir haben Initiativen gestartet in der Umwelt- und Strukturpolitik, im europäischen und internationalen Rahmen. Diese Zukunftsdebatte muß unter den veränderten Rahmenbedingungen fortgesetzt werden.

Die IG Metall ist manchmal schwerfällig in ihrem Verhalten. Das haben wir in den letzten Monaten im Zusammenhang mit der Entwicklung in der DDR deutlicher als sonst gespürt, wo manchmal schnell und flexibel Entscheidungen getroffen werden mußten. Eine größere IG Metall darf auf keinen Fall

schwerfälliger in ihren Organisationsabläufen werden.

Hinzu kommt, daß die Spannbreite der unterschiedlichen Bedürfnisse durch die neuen Mitglieder noch größer wird. Hier stellt sich die Frage

- nach der Aufgaben- und Verantwortungsteilung zwischen Vorstand, Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen;
- nach dem Verhältnis zwischen Stabsarbeit und Dienstleistungen für Bezirke und Verwaltungsstellen und operativen Aufgaben;
- nach einer effizienteren Koordination auf horizontaler Ebene;
- nach dem Verhältnis zwischen Personengruppenarbeit und Gesamtorganisation, und zwar auf allen Ebenen;
- nach dem Verhältnis zwischen zentraler Koordination und autonomen Entscheidungen,
- und nach dem Verhältnis zwischen offener Diskussion und geschlossenem Handeln.

Diese Fragen müssen wir nicht morgen diskutieren, aber wir können damit auch nicht allzu lange warten. Dabei wollen wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, also nicht deshalb, weil Gewerkschaftsarbeit unter den veränderten ökonomischen Bedingungen schwieriger, aber auch anspruchsvoller wird, Bewährtes nur um der Veränderung willen aufgeben. Es geht nicht darum, die IG Metall vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dies wäre angesichts unserer Geschichte und angesichts unserer Erfolge nicht gerechtfertigt.

Aber es geht darum, die IG Metall politisch und organisatorisch auf die neuen Gegebenheiten und auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten. Wir wollen auch in Zukunft eine gesellschaftsgestaltende Kraft und eine mobilisierungsfähige Gewerkschaft sein.

Zunächst müssen wir den Organisationsaufbau in Ostdeutschland, die Konstituierung von Verwaltungsstellen und Bezirken und die Organisationswahlen abwarten. Diese neuen Erfahrungen und

sicherlich auch neuen Schwierigkeiten der Organisation in Ostdeutschland müssen wir bei einer solchen Debatte mit berücksichtigen.

Diese und ähnliche Fragen stellen sich nicht nur für die IG Metall. Sie gelten auch für andere Gewerkschaften und sie gelten auch für den DGB. Angesichts der schwierigen Aufgaben, die auf alle Gewerkschaften zukommen, halte ich Streitereien über die Organisationszuständigkeit für einen Luxus, den wir uns nicht leisten können. Unsere Mitglieder haben hierfür kein Verständnis: weder im Westen noch im Osten.

Wer seine Satzung einseitig verändert, der plädiert für die Gesetze des Dschungels, der zerstört das Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Wer die DGB-Satzung mißachtet, der legt die Axt an den Dachverband. Wer dies tut, der muß aber auch wissen, daß er auf den Widerstand der IG Metall trifft.

Im übrigen: Wer die Gesetze des Dschungels einführen will, der sollte sich auch über die Konsequenzen im klaren sein. Im Dschungel überlebt bekanntlich nur der Stärkere.

Aber schlimmer ist: Bei einer solchen Auseinandersetzung gibt es keine Sieger, sondern nur Verlierer. Deshalb wird die IG Metall die Satzung des DGB respektieren und sich dafür einsetzen, daß sich auch andere daran halten.

Unabhängig davon ist eine Reform des DGB und seiner Gewerkschaften längst überfällig. Organisationsreformen - falls nötig - sollte man anpacken, solange man in seinen Entscheidungen frei ist. Finanzielle Nöte sind selten eine optimale Stimulanz für eine so weitreichende Entscheidung.

Der DGB kann die fehlende Repräsentanz von Gewerkschaften in der Fläche nicht ausgleichen. Er selbst steht vor der Situation, Kreise zusammenlegen zu müssen. Der Jahresetat des DGB liegt jetzt schon bei über 240 Millionen DM, Geld, das die Gewerkschaften pfennigweise bei ihren Mitgliedern einsammeln.

Hier sind Grenzen erreicht, nicht nur bei kleinen, sondern auch bei größeren Gewerkschaften. Der DGB sollte sich deshalb gut überlegen, ob er in Ostdeutschland tatsächlich fünf neue DGB-Landesbezirke gründen will.

Notwendig ist nicht die schematische Übertragung der Verhältnisse von hier nach drüben. (Ich weiß, dieser Sprachgebrauch ist nicht ganz korrekt.) Notwendig ist der Aufbau politisch effizienter Strukturen, die auch finanzierbar sind. Notwendig ist die Konzentration der Kräfte, nicht die Beschäftigung mit sich selbst, sondern die Beschäftigung mit den Problemen und die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.



Heinz-Günter Niebrügge, 1.
Vorsitzender der
Gewerkschaft Nahrung -
Genuß - Gaststätten,
am 20. November 1990 in Hannover

liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, fast auf den Tag genau - vor 125 Jahren - gab es schon einmal eine Gewerkschaftskonferenz, die ähnlich weitreichende Beschlüsse faßte, wie wir das heute getan haben. Am 28. November 1865 kamen in Frankfurt am Main Vertreter der süd- und mitteldeutschen Zigarrenarbeiter-Vereine zusammen. Sie beschlossen, für die Weihnachtsfeiertage 1865 einen Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeiter-Kongreß nach Leipzig einzuberufen. Dort sollte endlich eine nationale zentralisierte Zigarrenarbeiter-Gewerkschaft geschaffen werden.

Vom 24. bis 27. Dezember 1865 trat dieser Kongreß zusammen, im Kolosseum, einer der ältesten Versammlungsstätten der Leipziger Arbeiterbewegung. Am Ende der Beratungen stand die Gründung des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins. Damit war ein neues Kapitel in der deutschen Geschichte aufgeschlagen.

Am Ende unserer Beratungen steht die Gründung einer Gewerkschaft Nahrung -

Genuss - Gaststätten für ganz Deutschland. Am Ende unserer Beratungen haben wir ein neues Kapitel in der Geschichte der Gewerkschaft NGG aufgeschlagen.

Wer hätte daran noch vor wenigen Jahren zu denken gewagt? Nicht einmal im Traum wäre uns eingefallen, daß wir unser Jubiläumsjahr, unseren 125. Geburtstag auf diese Weise würden feiern können. [...]

Verbandstage und Kongresse von Vorläuferorganisationen der NGG, die in Hannover stattgefunden haben, waren immer Verbandstage, die zu Verschmelzungen aufriefen.

Als zum Beispiel die 4. Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen 1893 nach Hannover kamen, riefen die Kollegen zur Gründung eines Industrieverbandes im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe auf.

Und als 1910 der 5. Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer in Hannover abgehalten wurde, sprach man sich für die baldige Verschmelzung von Fleischern, Bäckern, Brauern und Mühlenarbeitern aus.

Neun Jahre später war der 9. Verbandstag des Verbandes der Gastwirtsgehilfen in Hannover. Dort verlangte man nach einer Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer des Hotel- und Gaststättengewerbes.

Heute sind wir soweit. Wir haben die Einheitsorganisation, die einheitliche Gewerkschaft aller Arbeitnehmer im Nahrungs- und Genußmittel- sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe geschaffen. Wir haben eine einheitliche Gewerkschaft in einem einheitlichen Deutschland. Ganz Deutschland, das war vor 125 Jahren noch ein Traum.

Friedrich Wilhelm Fritzsche, der Begründer des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins, der Stammvater der deutschen Gewerkschaftsbewegung, stand für die deutsche Einheit, für ein demokratisches Deutschland noch mit der Waffe in der Hand auf der Barrikade.

Der Traum der Gewerkschaftsbewegung, der Arbeiterbewegung vor 125 Jahren, galt einem Deutschland der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit. Der Traum der Arbeiterbewegung galt einem Deutschland, in dem das Volk der Souverän sein würde und nicht die vielen Dutzende kleiner und noch kleinerer Fürsten. Der Traum galt einem Staat, der auf den Volksrechten aufbaute, einer sozialen und demokratischen Republik.

Die Einheit in Freiheit haben wir geschaffen. Aber die soziale Spaltung ist noch keineswegs überwunden. Im Umkreis von Helmut Haussmann und Helmut Kohl glaubt man wohl, es reiche, die ostdeutsche Wirtschaft mit dem Zauberstab der D-Mark zu berühren, um ein ganzes Land aufblühen zu lassen. Man jongliert mit ostdeutschen Wachstumsziffern, die alles in den Schatten stellen, was die Chefideologen der SED in früheren Phasen dem Volk versprochen hatten. Mal sind es sieben, mal sind es fünfzehn Prozent, entweder in der gesamten ostdeutschen Wirtschaft oder in Schlüsselbranchen. Im Sauseschritt soll so westdeutsches Wohlstandsniveau erreicht werden. Die Betriebe und Unternehmen Ostdeutschlands sind übergangslos, von einem Tag zum anderen, der offenen Konkurrenz des Westens ausgesetzt worden.

Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern hegen um zwei Drittel unter dem westdeutschen Niveau. Die Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft liegt derzeit unter der Portugals, dem ärmsten Land Westeuropas. Die DDR ist von ihrer Führung schlimmer zur Ader gelassen worden, als ein besetztes Land von den Siegermächten. Bis zum 9. November war die ostdeutsche Industrie nur ineffizient und antiquiert. Seither ist sie marode und kaum überlebensfähig. Alarmierende technische Rückständigkeit ist nur eines ihrer Probleme.

In allem, was Marketing, was Werbung angeht, sind die ostdeutschen Betriebe unerfahren, ohne Personal und Kapazitäten. Gar nichts an Hilfe, nicht einmal der Hauch an Konzeption, kommt aus

dem Haus des Bundeswirtschaftsministers. Allenfalls einige Lobhudeleien für den ostdeutschen Mittelstand hat man aus dem Mund von Herrn Haussmann vernommen.

Was an Kleinfirmen den jahrzehntelangen Härte-test der Mittagschen Planwirtschaft überlebt hat, droht aber jetzt in die Knie zu gehen. 500000 neue Existenzen des Klein- und Mittelstandes hat der Bundeswirtschaftsminister großmütig versprochen. Statt dessen erwartet man jetzt, daß die Hälfte der verbliebenen 150000 Firmen Konkurs anmelden muß. 350000 Arbeitsplätze würden so vernichtet.

Die Betriebe tragen nach der Währungsreform an einer Riesenlast. Sie haben Schulden von 130 Milliarden Mark auf dem Buckel. Das sind Schulden, für die die Betriebe nichts können. Unter der alten Planwirtschaft mußten sie fast ihr gesamtes Geld an den Staat abliefern. Für Investitionen gab es dann auf Antrag Kredite. Doch für neue Maschinen wurden Mondpreise berechnet. Wenn diese Verschuldung nicht erlassen wird, wenn nicht wenigstens für eine längere Übergangszeit die Tilgung ganz ausgesetzt wird, ist der größte Teil der Betriebe binnen weniger Monate pleite.

Bonn hat eine Firmengründungswelle im Osten versprochen. Einige hunderttausende Arbeitsplätze sollten es mindestens sein, die neu geschaffen würden. Bis zu 2 Millionen hat man geglaubt. Die Gründungswelle ist ausgeblieben. Seriöse Projekte haben nur sehr wenige Firmen. Einige hoffen auf die DDR als Billiglohnland.

Die größte Gruppe sind schlicht Konkursgeier, die ihren raschen Schnitt machen wollen. Ansonsten gedenkt man, den ostdeutschen Markt der fünf neuen Länder vom Westen her zu beliefern.

Die Presse notiert inzwischen eine dramatische Talfahrt der DDR-Wirtschaft. Der Investitionsschub, der mit Bonner Geld in Ostdeutschland anlaufen sollte, ist vor allem ein Konjunkturprogramm

für die Bundesrepublik. Aus der Bundesrepublik ist nicht das produktive Kapital, sondern das Handelskapital gekommen. Die Folgen sind verheerend.

Die Produktionseinbrüche in den fünf neuen Bundesländern sind verheerend. Verglichen mit dem Vorjahr wurden im August 1990 35 Prozent weniger Stahl produziert, 59 Prozent weniger Schuhe, 72 Prozent weniger Getränke, 11 Prozent weniger an Tee, Kaffee und Süßwaren.

Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört, hat Willy Brandt vor Jahresfrist ausgerufen. Helmut Kohl muß das wohl falsch verstanden haben. Alles zusammenbrechen lassen, ist seine Devise.

Der DDR-Wirtschaft hätte nur eines geholfen, um wenigstens einen Teil der Arbeitsplätze zu retten. Die Übernahme der ostdeutschen Handelsnetze durch bundesdeutsche Konzerne hätte beschränkt werden müssen. Für ca. fünf Jahre hätte sie auf kleine Minderheitsanteile eingegrenzt werden müssen.

Genauso ist das in den frühen fünfziger Jahren mit dem Saarland geschehen. Es geht nicht darum, Ostfirmen vor dem rauen Wind des freien Marktes zu schützen. Es geht allein darum, ihnen auf diesem Markt, zumindestens im eigenen Land, erst einmal eine Chance zu geben.

Die DDR-Bürger sind nach 1945 zweimal in den Schatten gestellt worden. Sie haben 1945 in einem ausgebombten und zerstörten Land neu anfangen müssen. Wie wir. Aber sie haben keine Marshallplanhilfe genossen.

Die Menschen in den fünf neuen Bundesländern haben jetzt Anspruch auf einen Marshallplan zur Modernisierung ihres Landes. Natürlich kostet das Geld. Natürlich heißt das für uns aus der ehemaligen Bundesrepublik, daß wir teilen müssen, daß wir von unserem Wohlstand abgeben müssen.

Na und? Sich zu vereinen, heißt auch: teilen lernen.



Entschließung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr zum 3. Oktober

1990

Mit der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit am 3. Oktober 1990 hat sich der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) [...] befaßt. Dabei wurde die Errichtung von vierzehn Kreisverwaltungen in den neuen Bundesländern beschlossen. In einer Entschließung werden die zentralen gewerkschaftlichen Positionen der ÖTV mit Blick auf eine sozialverträgliche Gestaltung der Einheit zusammengefaßt: [...]

Für eine starke ÖTV im vereinten Deutschland

Der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV begrüßt die Herstellung der Deutschen Einheit, die am 3. Oktober 1990 Wirklichkeit wird. Die Gewerkschaft ÖTV wird dafür kämpfen, daß der Prozeß der deutschen Einheit den Menschen in den neuen Bundesländern die Chance bietet, alte Verhältnisse zu überwinden und an der Entwicklung und Festigung einer freien, gleichen und solidarischen Gesellschaft aktiv mitzuarbeiten. [...]

Im zwischen der Bundesrepublik und der DDR vereinbarten Einigungsvertrag finden sich wichtige gewerkschaftliche Positionen nicht wieder. Die Gewerkschaft ÖTV kritisiert insbesondere die mangelnde Beachtung der Tarifautonomie und der Mitbestimmungsrechte im öffentlichen Dienst durch das für die Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst geschaffene Sonderrecht.

Die Gewerkschaft ÖTV wird sich nachhaltig dafür einsetzen, Veränderungen der Personalstruktur im öffentlichen Dienst der fünf neuen Bundesländer sozialverträglich zu gestalten. Die Gewerkschaft ÖTV tritt dafür ein, daß Qualifikation Vorrang haben muß vor Arbeitslosigkeit.

Der geschäftsführende Hauptvorstand wird beauftragt, auch durch eine aktive

Lohn- und Qualifizierungspolitik dazu beizutragen, daß die Arbeits- und Lebensverhältnisse in der DDR schrittweise den Bedingungen der Bundesrepublik angeglichen werden.

Der Hauptvorstand fordert Mitbestimmung bei der Clearingstelle für den öffentlichen Dienst und der Treuhand.

Die Gewerkschaft ÖTV fordert die Bundesregierung auf, eine aktive Sozial- und Beschäftigungspolitik der Kommunen zu unterstützen. Wenn ein sozialer Dammbruch vermieden werden soll, müssen die Gemeinden unverzüglich ausreichende Finanzzuweisungen erhalten.

Der Hauptvorstand weist erneut darauf hin, daß die Sicherung einer sozialstaatlichen Entwicklung in der DDR ausreichender Finanzhilfen bedarf.

Ohne Steuererhöhungen stehen folgende Finanzierungshilfen zur Verfügung:

- Umwidmung von „Kosten der Teilung“ in Investitionen für die Vereinigung, Steuermehreinnahmen aus höherem Wirtschaftswachstum, umfangreiche Einsparungsmöglichkeiten im Verteidigungshaushalt, auch durch Verzicht auf den „Jäger 90“,
- überplanmäßige Bundesbankgewinne und
- erhöhte Nettokreditaufnahme.

Sind die finanziellen Verpflichtungen der Vereinigung für die Bundesrepublik ohne Steuererhöhungen nicht zu finanzieren, so fordert die Gewerkschaft ÖTV vorrangig eine gezielte Ergänzungsabgabe zu Lasten der Bezieher höherer Einkommen.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnt die Gewerkschaft ÖTV ab.

Am 3. Oktober ist die Gewerkschaftseinheit im öffentlichen Dienst und im Transport und Verkehr verwirklicht. Beharrlich hat die ÖTV den Aufbau demokratischer Strukturen von unten nach oben gefördert. Dieser Prozeß ist nicht beendet. Mit den Wahlen von Kreisvorständen in den 14 Kreisverwaltungen

der neuen Bundesländer schafft die Gewerkschaft ÖTV ein demokratisches Fundament für ihre Arbeit. Der Hauptvorstand fordert alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, der Gewerkschaft ÖTV beizutreten und in ihr aktiv mitzuarbeiten.

Zur Feier der Gewerkschaftseinheit lädt der Hauptvorstand am 3. Oktober alle *Arbeitnehmerinnen* und Arbeitnehmer in den Kreisverwaltungen Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus, Magdeburg, Halle, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Erfurt, Suhl und Gera ein.

Der Hauptvorstand ist sich bewußt, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hohe Erwartungen in die Arbeit freier, unabhängiger und starker Gewerkschaften setzen. Die Gewerkschaft ÖTV wird durch ihre Arbeit die humanistischen und freiheitlichen Traditionen der Gewerkschaftsbewegung sichtbar machen und ihren Beitrag für eine soziale Zukunft in ganz Deutschland leisten.



Hermann Lutz,
Bundesvorsitzender der
Gewerkschaft der Polizei,
beim 1. Ordentlichen
Gewerkschaftskongreß der
Gewerkschaft der Volkspolizei (GdVP)
am 31. März/1. April 1990 in Aschersleben

Die Einheitsgewerkschaft bedeutete die Überwindung politischer oder religiöser Richtungsgewerkschaften und eine Bündelung der Macht der Arbeitnehmer. Eine derartige Bündelung kann und darf unserer Auffassung nach nur soweit reichen, wie sich die Beteiligten auf einem demokratischen Grundkonsens zusammenfinden. Wieweit Ihr bei der Organisierung von Mitgliedern diesen Grundkonsens als gegeben erachtet, ist allein Eure Sache. Ihr solltet dabei aber die demokratische und humane Ausrichtung der Gewerkschaftsbewegung nicht aus dem Auge verlieren. Polizeiliche genauso wie gewerkschaftliche Arbeit kann nur dann Erfolg bringen, wenn die

Handelnden von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert und unterstützt werden. Ich glaube, wir waren in der Bundesrepublik gut beraten, daß wir unser Ansehen in der Bevölkerung nicht um höherer Mitgliederzahlen willen aufs Spiel setzten. Uns sind in den vergangenen 40 Jahren viele schwierige persönliche Entscheidungen erspart geblieben, wie sie Euch beispielsweise von der SED oder der Staatssicherheit abverlangt worden sind. Ich will nicht richten. Wer wie tief in den Fängen der Staatssicherheit verstrickt war, kann jeder nur für sich selbst in vollem Umfang ermessen. Ich appelliere an eine solche Selbstprüfung, die auch zum Ergebnis haben kann, daß manch einer im Interesse des Neubeginns und der gemeinsamen Sache sich für exponierte Funktionen nicht zur Verfügung stellt. Eine solche persönliche Gewissensentscheidung wäre einer der größten Dienste an einer neuen und demokratischen Arbeitnehmerbewegung. Ihr selbst wißt am besten zu beurteilen, wer geeignet ist, diesen demokratischen Weg mitzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mit vielen unserer Polizeibesetzten in der Bundesrepublik gesprochen, die bereits in engen Kontakten mit Euch stehen. Ich darf Euch unserer Hochachtung über Euer Engagement und Euren festen Willen für einen gewerkschaftlichen und polizeilichen Neubeginn versichern. Es ist beileibe nicht so, und dies ist nicht nur mein Eindruck, als ob Herablassung das Verhältnis der Menschen der Bundesrepublik gegenüber den Menschen der DDR bestimmen würde. Alle in unserem Land haben den Mut zur Freiheit bewundert, die die Triebfeder des Aufbruchs war. Ich verhehle auch nicht unsere tiefe Sympathie gegenüber den oppositionellen Persönlichkeiten und Gruppen in der DDR, die über all die Jahre vorher durch ihre Unbeugsamkeit und ihren festen Glauben an Veränderung diese Veränderung letztlich bewirkt haben. Wenn sie auch heute nicht zu den parteipolitischen Mehrheiten Eures Landes zählen, so sollten wir alle ihnen

für das Geleistete ein Andenken bewahren und alles ermöglichen, daß sie auch in Zukunft ihre kritischen Stimmen erheben können.



Kurt van Haaren,
Vorsitzender der Deutschen
Postgewerkschaft,
beim Außerordentlichen Kongreß der DPG
am 29./30. Oktober 1990 in Berlin

Freie Gewerkschaften haben schon immer für Freiheitsrechte und Demokratie, für soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit gekämpft. Diese Ziele und Ideale freier, parteiunabhängiger und demokratischer Gewerkschaften sind unvereinbar mit staatsbürokratischen Scheingewerkschaften. Aus diesem Grunde gab es für uns nichts anderes, als einen unmißverständlichen, eindeutigen Trennungsstrich zum schwer diskreditierten und inzwischen abgeschafften FDGB. Wer sich als Transmissionsriemen, als Vollzugsorgan einer Partei versteht, hat mit einer freien Gewerkschaft nichts zu tun. Freie Gewerkschaften sind in erster Linie ihren Mitgliedern verpflichtet, niemals einer Partei.

In dieser Stunde denke ich an die Arbeitnehmer und ihre Familien, die unter dem SED-Regime schwer gelitten haben. Natürlich darf begangenes Unrecht nicht ungesühnt bleiben. Nichts darf unter den Teppich gekehrt werden. Doch wenn es jetzt am Neubeginn des geeinten Deutschlands um Gerechtigkeit geht, dann bitte nicht selbstherrlich, schon gar nicht pharisäerhaft oder scheinheilig. Kolleginnen und Kollegen, ich warne deshalb abermals vor Denunziation und Vergeltungssucht. Davon leben Diktaturen, nicht aber die Demokratie.

Und noch eine Anmerkung sei mir gestattet. Wer Freiheit nur zum eigenen persönlichen Vorteil nutzt, hat nicht verstanden, worum es wirklich geht. Wer nur rein egoistisch denkt, der macht sich zum Handlanger einer Ellbogengesellschaft, in der gnadenloser Konkurrenzkampf an die Stelle von sozialer Gerechtigkeit tritt.

Dies ist nicht unser Bild einer menschlichen Gesellschaft. Ich sage dies, weil die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage im Osten und auch soziale Ängste im Westen die Gefahr heraufbeschwören, daß politische Rattenfänger Haß und Extremismus von rechts und links schüren. Haß wiederum kann auch schnell zum Nährboden für Rechtsradikale werden.

liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, natürlich ist ein Tag wie der heutige für unsere DPG ein besonderer Tag, ein Tag der Freude, der Besinnung und des Dankes. Unsere Achtung und unser Respekt gehört den Menschen in der ehemaligen DDR, die im Herbst des vergangenen Jahres auf die Straße gegangen sind und mit bemerkenswert friedlichen Mitteln für Freiheit und Demokratie, auch für Gewerkschaftsfreiheit gekämpft haben. Unser gewerkschaftlicher Dank gehört unseren europäischen Nachbarn, den Verbündeten und ausländischen Freunden - insbesondere den Alliierten, - ohne deren Verständnis die deutsche Einigung nicht möglich gewesen wäre. Und der Kampf der Solidarnosc in Polen, die Bürgerrechtsbewegung Charta 77 in der Tschechoslowakei, die Öffnung des eisernen Vorhangs durch die Ungarn - sowie die Politik der Entspannung waren wichtige Voraussetzungen für die friedliche Revolution in der DDR.

Entscheidend für das alles war aber der Mut des sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow, ohne dessen Perestroika und Glasnost möglicherweise die Honekers oder gar Ceauscescus immer noch an der Macht wären. [...]

Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte, in der Zeit seit dem 16. Kongreß haben wir alle gemeinsam Geschichte erlebt und Gewerkschaftsgeschichte gestaltet. Das gilt für die Postgewerkschaft in der ehemaligen DDR genauso wie für unsere DPG. Was die Postgewerkschaft in der Ex-DDR seit ihrer Gründung im März, also in den vergangenen sechs Monaten, erreicht hat - selbstverständlich mit unserer tatkräftigen Unterstüt-

zung - das kann sich wahrlich sehen lassen. Das fängt an mit dem Eingruppierungstarifvertrag und hörte mit dem Montageabkommen und dem Tarifvertrag über Reisekosten noch lange nicht auf.

In der schwierigen Umbruchsituation und eingedenk des völlig diskreditierten und inzwischen aufgelösten FDGB ist es gelungen, gewerkschaftliches Vertrauen und Selbstvertrauen bei den Beschäftigten bei der Deutschen Post aufzubauen. Daß wir als einheitliche Postgewerkschaft um rund 100000 Mitglieder stärker werden und zwar nicht pauschal oder global, sondern aus freien Stücken und individuell mit Einzelunterschrift geworben, dies ist eine großartige Leistung.

Und als weiteren Vertrauensbeweis für unsere gemeinsame Gewerkschaftsarbeit weiten wir die Ergebnisse der Personalratswahlen in den Post- und Fernmeldeämtern im Gebiet der ehemaligen DDR. 96,1 Prozent aller Personalratsmandate in geheimer Wahl zu erringen - gegen Konkurrenz und Möchtegern-Gewerkschaften - und das gleiche bei den Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen mit 99,4 Prozent der Mandate, dies ist ein toller Erfolg und eine gute Basis für den dringend notwendigen Schlußschluß zwischen DPG und Personalräten.

Willi Arens,
Vorsitzender der
Gewerkschaft Textil -
Bekleidung,



beim 16. Ordentlichen
Gewerkschaftstag der GTB
am 8. November 1990 in Würzburg

Die Herstellung der Gewerkschaftseinheit ist erforderlich, um eine einheitliche Interessenwahrnehmung durchzusetzen und um kein zusätzliches Niedriglohngelände zwischen Rügen und Thüringer Wald entstehen zu lassen. Die Gewerkschaftseinheit bietet aber auch die Chance, historische Fehler nicht zu wiederholen: Ich meine hier die rechtzeitige Einbeziehung der Angestellten in unsere Gewerkschaftsarbeit. Daß wir beim Aufbau der

Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg die Angestellten zunächst stiefmütterlich behandelt haben, darf uns in den fünf neuen Bundesländern nicht noch einmal passieren.

Und ich wage zu behaupten: Die Gewerkschaftseinheit wird unsere Gewerkschaft Textil - Bekleidung stärken, weil es auf unserer Organisationslandkarte keine weißen Flecken geben wird. Der Weg dahin wird mit hohen Reisekosten und ungeheurer Kraftanstrengung verbunden sein. Unsere GTB hat - und dies sage ich mal mit Blick auf die jung gebliebenen Delegierten auf neudeutsch - unsere GTB hat die Power dazu - aber wir müssen unsere Kräfte einteilen. Wir müssen sie auch gegen jene politischen Bewegungen einsetzen, die schon vor dem Fall der Mauer, und danach erst recht, an den tragenden Säulen unserer Verfassung zu kratzen begonnen haben. Einige dieser Mauerspechte präsentieren schon stolz die ersten abgeschlagenen Brocken. Ich meine damit politische Kräfte in der Bundesrepublik, die den Sozialstaat aushöhlen wollen.

Im Zusammenhang mit der deutschen Einheit müssen wir unsere bewährte Verfassung weiterentwickeln. Dazu gehören besonders die Staatsziele Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, Schutz der Umwelt und ein deutlicherer Akzent auf die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Unser Grundgesetz spricht von einem demokratischen und sozialen Bundesstaat. Was Demokratie ist, ist wenig umstritten. Nur, wenn es ans Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes geht, schiebt jeder etwas anderes in den Vordergrund. Die Politik ist für die Ausgestaltung des Sozialstaatsgebots zuständig.

Aber ich frage: Wird denn eine Politik dem Sozialstaatsgebot gerecht, wenn sie ohne Wenn und Aber befristete Arbeitsverträge zuläßt, wenn sie es zuläßt, daß immer mehr Menschen Arbeitsverhältnisse ohne den Schutz der Sozialversicherung eingehen müssen, weil ihnen nichts anderes angeboten wird? Ihr alle wißt, daß gerade wir hier nicht wie der Bünde

von der Farbe reden, sondern buchstäblich wie die Näherin vom seidenen Faden, an dem ihr befristeter Akkord-Job hängt. Die skandalösen Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes treten nämlich in der Bekleidungsindustrie besonders kraß zu Tage. [...]

Aber angesichts der deutschen Einigung muß ich die Gegner des Welttextilabkommens fragen: Seid ihr denn von allen guten Geistern verlassen? Man muß sich das mal vorstellen: Gerade die Textil- und Bekleidungsindustrie der ehemaligen DDR, von der sozialistischen Planwirtschaft heruntergewirtschaftet, macht einen riesigen Umstrukturierungsprozeß durch. Sie muß durch modisches Know-how und Qualität im europäischen Raum wettbewerbsfähig werden. Und mitten in diesem Prozeß macht einer die Schleusentore auf und überschwemmt die vergrößerte Bundesrepublik mit immer mehr Importen.

Was für die Textil- und Bekleidungsindustrie der alten Bundesrepublik eine beschäftigungspolitische Katastrophe wäre, würde sich in den fünf neuen Bundesländern zum Inferno auswachsen. Und was hätten die Beschäftigten in den Entwicklungs- und Schwellenländern von der Abschaffung des Welttextilabkommens? Nichts. Sie würden weiter malochen, zu Arbeitsbedingungen und Löhnen, die ein menschenwürdiges Leben nicht mal ansatzweise erlauben.

Deshalb sage ich: Wir brauchen 1991 nicht nur ein neues Welttextilabkommen. Wir brauchen ein Welttextilabkommen mit verbindlicher Sozialklausel. Mit Mindestarbeitsbedingungen, sozialer Absicherung bei Krankheit und Mutterschaft, mit einem Verbot der Kinderarbeit und dem Recht auf freie Gewerkschaftstätigkeit. Darin sind wir uns übrigens mit allen Textil- und Bekleidungsgewerkschaften einig. Und wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie die Interessen der Textil- und Bekleidungsarbeitnehmer genauso ernst nimmt bei den Verhandlungen wie die anderer Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel der Bauern.